Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 23 (1996)

Heft: 3

Artikel: Interview mit Professor Remigio Ratti : "Die Solidarität wiederentdecken"

Autor: Ratti, Remigio / Bignasci, Ilaria

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-910667

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zum aktuellen Zustand der Schweizer Wirtschaft

Die Stimmung ist schlechter als die Lage

Die Schweizer Wirtschaft wartet weiter auf den Aufschwung. Zwar sollte die Lage nicht dramatisiert werden, aber es stellen sich trotzdem hartnäckige Probleme. Eine verunsicherte Bevölkerung sieht sich mit gegenläufigen Rezepten konfrontiert.

*Beat Kappeler**

Die Wirtschaft des ersten Halbjahres 1996 verbreitete eine pessimistische Stimmung in der Schweizer Bevölkerung. Der Detailhandel kam kaum vom Fleck, die Übernachtungen im Tourismus brachen ein, dem Bau standen wachsende Leerbestände an Geschäfts- und Wohnräumen im Wege. Lehrstellen wurden knapp, der neue Chemieriese Novartis in Basel (Fusion von Ciba und Sandoz) kündigte massive Arbeitsplatzverluste an, die Grossbanken liessen ähnliches für die nähere Zukunft durchblicken.

Wie so oft war die Stimmung schlechter als die Lage, wenn man die gängigen Wirtschaftszahlen mit jenen der andern Länder vergleicht, vor allem im umliegenden Europa. Die Exporte hielten sich nämlich im allgemeinen recht gut, die Nationalbank verbilligte und verflüssigte das Geld, die Arbeitslosenrate liegt auf der Hälfte derjenigen Deutschlands oder Frankreichs.

Hartnäckige Probleme

Dennoch, die Probleme zeigen sich von ihrer hartnäckigen Seite, und dass ein baldiger Konjunkturaufschwung sie wegpusten werde, daran glauben nur wenige. Als grösste Sorge bezeichnen die Schweizerinnen und Schweizer in verschiedenen Umfragen die Arbeitsmarktlage. Mit gegenwärtig gut vier Prozent Arbeitslosen, die wieder leicht zunehmen, erreicht die Schweiz für immer überwunden geglaubte Werte. Während die Jungen, vor allem in der deutschen Schweiz, unterdurchschnittlich arbeitslos sind, trifft es die lateinische Schweiz fast doppelt so stark wie die deutsche Schweiz. Das Tessin zeigt die vierfache Arbeitslosigkeit der Innerschweiz. Verschiedene Gründe werden angeführt – der Bauboom war in der Westschweiz grösser, der Staatsanteil höher, oder es drängten auch mehr Leute auf den Arbeitsmarkt als im alemannischen Landesteil.

Der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen steigt stetig an und liegt schon bei 45 Prozent, jener der Unqualifizierten bei 41. Dieses Ungleichgewicht verrät noch die Einwanderungspolitik der Schweiz aus den achtziger Jahren. Der Zuzug erfolgte vor allem über Saisonniers, zu billigen Arbeitsbedingungen. Wenn sie nach vier Saisonjahren in die übrige Wirtschaft hinüberwechseln, holt der Arbeitgeber erneut Saisonniers herein. Da die Schweiz keine europäische Freizügigkeit gewährt, müssen nun die arbeitslos gewordenen Ausländer ihre Unterstützung hier beziehen. Denn sie haben kein Recht auf Wiedereinwanderung und gehen nicht versuchsweise nach Hause.

Umstrittene Geldpolitik

Die Geldpolitik ihrerseits steckt in einer Zwickmühle. Während die Notenbank – für einige Kritiker zu spät – das Geld grosszügiger und zu billigeren Zinsen in die Volkswirtschaft fliessen lässt, entfaltet sich die expansive Wirkung nicht im gewünschten Mass. Denn gleichzeitig müssen die öffentlichen Hände griffige Sparmassnahmen durchsetzen. Geldpolitik und Fiskalpolitik arbeiten gegeneinander, die eine fördert die Kaufkraft, die andere nimmt sie zurück. Dies wird noch manche Jahre so bleiben, denn erst die Gemeinden haben ihre Budgets ins Lot gebracht, während Kantone und Bund die grössern Einsparungen noch vornehmen müssen. Allein schon die künftige Verzinsung der rasch gewachsenen öffentlichen Schulden wird zu Druck auf viele andere laufende Ausgaben führen.

Die private Nachfrage tritt nicht in die Lücke. Der Rationalisierungsboom der Wirtschaft von 1994/1995 klingt ab, und die Einkommen der Haushalte wachsen nicht. Der Stand der realen Einkommen liegt etwa so, wie er schon zu Beginn der neunziger Jahre war. Die verfügbaren Einkommen sind vielleicht da und dort zurückgegangen, weil die Abgaben für Sozialversicherung und Krankenkassen zunahmen und Arbeitsstellen wegfielen oder zu Teilzeit verkürzt wurden. So müsste ein fühlbarer Anstoss aus dem Ausland kommen.

Dieser Anstoss aber ist im recht depressiven Klima der europäischen Volkswirtschaften nicht auszumachen. Der Frankenkurs war den Winter über weiterhin zu hoch, und erst der Frühling liess ein normaleres Niveau erhoffen. Die Verlagerungen von Firmen und Arbeitsplätzen ins Ausland gingen ungebremst weiter, teils aus diesen Kostengründen, teils wegen des Abseitsstehens von der Europäischen Union. Beunruhigend auf die Dauer wirkt auch die massive Ausdünnung des deutschen Werkplatzes, weil die Schweiz ein guter Zulieferer dieses ehemals dynamischen Raums ist.

Der Frankenkurs wird nicht nur von fundamentalen Faktoren wie Kaufkraftvergleichen bestimmt. Sondern die seit Dezember 1995 wahrscheinlich gewordene europäische Währungsunion treibt tendentiell die Frankenwährung hoch. Wird die Union eine unstabile Angelegenheit, flieht Geld in den Franken. Wird sie stabil und integriert die meisten Währungen der Mitglieder, dann wünschen die internationalen Anleger in andere Gelder zu diversifizieren, wozu sich der Franken anbietet. Die Notenbank hat das Verhältnis des Frankens zur Währungsunion noch nicht geklärt, so dass die Unsicherheit andauert.

Unterschiedliche Konzepte

Verständlicherweise ist die Stimmung der Wirtschaftsbürgerinnen und -bürger etwas gedrückt. Überraschend für Beobachter ausserhalb Europas dürfte die auf dem Kontinent verbreitete Auffassung sein, wonach alle weniger arbeiten sollen, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Viele können sich nicht vorstellen, dass es mit fortschreitender Technik genug Arbeit geben werde. Vielmehr fordern sie mehr Regeln und Sozialmassnahmen.

Die Behörden dagegen setzten auf die Liberalisierung des schweizerischen Binnenmarkts. Das verschärfte Wettbewerbsrecht, die Massnahmen gegen technische Handelshemmnisse und für freie öffentliche Beschaffungen wurden gesichert, liberalisierte Post-, Fernmelde- und Verkehrsdienste angekündigt. Arbeitszeiten sollen künftig flexibler werden können, auch für Frauen und nachts.

Ein spannender Test der Konzepte von Regelung und Liberalisierung im Massstab eins zu eins kündigt sich somit in der schweizerischen Volkswirtschaft an. ■

*Der Autor ist Wirtschaftspublizist und arbeitet regelmässig für «Die Weltwoche» und «L'Hebdo»

Jugendliche vor dem Arbeitsamt. Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel machen ihnen besonders zu schaffen. (Fotos: RDZ)

«Zimmer frei» – auch der Tourismus leidet unter der Rezession und dem starken Schweizer Franken.

Interview mit Professor Remigio Ratti

«Die Solidarität wiederentdecken»

Professor Ratti, die Schweiz befindet sich in einer Krise: rekordhohe Arbeitslosigkeit, stagnierende Löhne, rote Zahlen bei der öffentlichen Hand. Was ist eigentlich passiert?

Wirtschaftlich gesehen unterscheidet sich die Schweiz der neunziger Jahre sehr stark gegenüber früher. Der entscheidende Unterschied ist weniger ein konjunktureller als vielmehr ein struktureller. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Übergangsphase, die geprägt ist von der Globalisierung der Märkte, der Wirtschaft sowie der Gesellschaft. Diese neue Situation erfordert einerseits eine direkte Präsenz der Schweiz auf den ausländischen Märkten und anderseits eine Öffnung unseres Heimmarktes. Deshalb versucht der Staat auch, die protektionistischen Fesseln zu lockern, welche den freien Markt behindern.

Die Krise hat die lateinische Schweiz härter erfasst als die Deutschschweiz. Gefährdet dies nicht die nationale Einheit und damit das eigentliche Fundament des Landes?

Das Problem ist folgendes: Die Eidgenossenschaft als Staat ist nicht mehr in der Lage, die Beziehungen zwischen dem Globalen und dem Lokalen zu regeln. So entsteht das Phänomen neuer Regionalisierungen: Um konkurrenzfähig zu bleiben, organisiert man sich in der Schweiz immer seltener auf nationaler Ebene, sondern zunehmend in überregionalen Einheiten, die aus diversen Kantonen zusammengesetzt sind. Das Mittelland, die Regio Basiliensis, die Innerschweiz, das Léman-Becken und die Ost-

Remigio Ratti ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Freiburg und Direktor des «Istituto di ricerche economiche del canton Ticino» in Bellinzona. Im vergangenen Jahr wurde er auf der Liste der Christlichdemokratischen Volkspartei in den Nationalrat gewählt.

schweiz wollen sich durch Rückbesinnung auf die eigene Identität stärken und den Herausforderungen von aussen stellen. Diese Rückbesinnung auf eigene Identitäten muss jedoch kontrolliert und gemässigt erfolgen – ansonsten hat sie in der Tat eine Schwächung der nationalen Einheit zur Folge.

Wie kann man denn einen Riss im sozialen und föderalen Gefüge vermeiden?
Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Solidarität wiederentdecken, mehr auf sich selber und weniger auf Interventionen des Staates setzen. Dies ist heute die grosse Herausforderung. Der Erfolg der Schweiz in der industriellen Revolution des letzten Jahrhunderts war nur möglich dank der Fähigkeit der Gesellschaft zu wachsen, sich weiterzuentwickeln. Und dies nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht.

Das Beispiel der Wirtschaft im Kanton Neuenburg zeigt, dass die Antwort auf diese Herausforderung nur eine kollektive sein kann. In den siebziger Jahren wurde die Neuenburger Uhrenindustrie von einer dramatischen Krise erfasst: 60 Prozent der Arbeitsplätze gingen dabei verloren. Heute jedoch hat sich die Region erholt – dank ihrer Fähigkeit, sich ein kollektives Know-how zunutze zu machen. Die früher auf Feinmechanik spezialisierten Unternehmen sind auf die Mikroelektronik umgestiegen. Dies ist ein Beispiel für die eigentliche Tradition der Schweiz.

Welche Lehren lassen sich aus diesem Beispiel für den Rest des Landes ziehen?
Die Funktion der Schweiz als Nation besteht darin, quasi als Dach über den regionalen Einheiten zu wirken und dem Auseinanderdriften durch Förderung des nationalen Zusammenhalts entgegenzuwirken. Die überregionalen Räume – mit 1 bis 2 Millionen Einwohnern – müssen ihre Kräfte einen, um den Herausforderungen der Weltwirtschaft gewachsen zu sein. Gegen aussen muss die Schweiz als Staat ihre Grossregionen verteidigen und eine Politik der wirtschaftlichen Integration auf europäischer, kontinentaler und globaler Ebene betreiben.

In gewissen Kantonen hat die Arbeitslosenquote schon die 8-Prozent-Grenze überschritten. Teilen Sie die Ansicht, dass die Quote noch weiter wachsen wird?
Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz ist zum grossen Teil strukturell bedingt. Wir müssen deshalb mit weiteren Arbeitsplatzverlusten rechnen. All jene Sektoren, die in der Vergangenheit geschützt wurden – etwa die Textil- und Maschinenindustrie –, werden eine zusätzliche Redimensionierung erfahren. Im übrigen kommt heute der Arbeit in der Wirtschaftswelt eine andere Rolle zu: Die technologische Revolution erlaubt es, Reichtum zu produzieren, ohne Arbeitsplätze zu schaffen. Also geht es auch darum, über eine andere Verteilung des Reichtums nachzudenken.

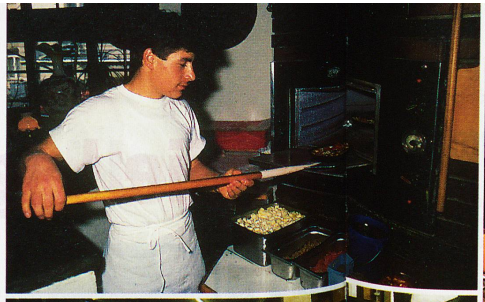
Hat der Entscheid, sich nicht an der europäischen Integration zu beteiligen, negative Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft?
Kurzfristig gesehen, ja. Aber man darf nicht dramatisieren. Das EWR-Nein bildet kein endgültiges Abschotten, sondern einen Auftrag, die Situation zu überdenken. In der Vergangenheit basierte der Erfolg der Schweiz auf der Fähigkeit, der Welt vor dem Hintergrund eines grossen inneren Zusammenhalts gegenüberzutreten, der auf Demokratie und dem Dialog zwischen den diversen Interessengruppen basierte. Heute sind die Bedingungen für diese auf den nationalen Massstab ausgerichteten Strategien nicht mehr gegeben. Die Schweiz muss sich nun den neuen Anforderungen anpassen, ohne dabei jedoch ihre Identität zu verlieren.

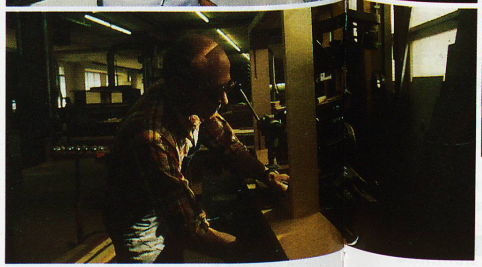
Interview: Ilaria Bignasci

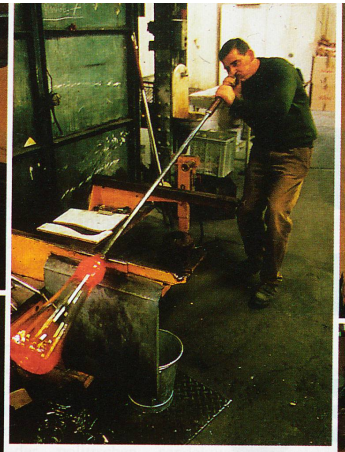
Arbeitslose Akademiker: Hilfe zur Selbsthilfe

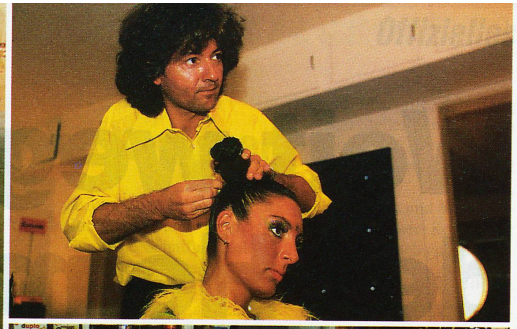
Über 6 Prozent der Akademikerinnen und Akademiker sind ein Jahr nach Abschluss des Studiums noch ohne Arbeit. Ihr Problem: der Mangel an praktischer Erfahrung. Um diesem Missstand abzuhelfen, organisiert die Internationale Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften (AIESEC) an der Universität Lausanne jedes Jahr ein Forum. Dieses ermöglicht es mehr als 200 Studierenden verschiedener Fakultäten, mit Personalverantwortlichen aus der Privatwirtschaft zusammenzukommen.

Zunächst präsentieren sich die Unternehmen und legen ihre Bedürfnisse dar. Im Gegenzug erhalten sie die Lebensläufe der künftigen Akademiker und wählen diejenigen aus, die sie persönlich kennenlernen möchten. Die anschliessenden Bewerbungsgespräche führen jährlich zu rund 100 Anstellungen.
PAT









Sei es im Dienstleistungssektor oder in der Industrie, kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. (Fotos: RDZ)

KMU – Rückgrat der Wirtschaft

Kleine Unternehmen – grosse Stützen

Die Schweiz befindet sich mitten im Strukturwandel. Klein- und Mittelunternehmen (KMU) können die Auswirkungen abfedern. Über das «wie» streiten sich Politiker und Unternehmer allerdings noch.

*Judith Raupp**

Die Schweiz hat eine ganz typische KMU-Struktur», sagt Rudolf Walser vom Schweizer Handels- und Industrieverein Vorort. Unter KMU versteht er kleine und mittlere Unternehmen, die nicht mehr als 500 Beschäftigte haben. Die statistischen Zahlen unterstützen Walsers Aussage. Nahezu 98 Prozent aller Unternehmen im industriellen Bereich und im Dienstleistungssektor sind Klein- und Mittelunternehmen. Sie stellen 60 bis 65 Prozent aller Arbeitsplätze zur Verfügung.

Den kleinen und mittleren Unternehmen schreiben die Ökonomen deshalb konjunkturstabilisierende Bedeutung zu. Sie tragen zur Sicherung der Beschäftigung bei und gewährleisten eine regional ausgeglichene Wirtschaftsstruktur. Nicht umsonst hofft beispielsweise die Region Basel künftig auf kleine und mittlere Unternehmen. Sie sollen die rund 3000 Arbeitslosen auffangen, die aufgrund der Fusion von Ciba und Sandoz zum neuen Pharmagiganten Novartis auf der Strasse stehen werden.

Schon immer habe die Schweizer Wirtschaft einen hohen Anteil an kleinen und mittleren Unternehmen aufgewiesen, erläutert Walser. Doch in jüngster Zeit registriert der Vorort-Sprecher steigende Tendenz. Den Grund dafür sieht er im Verhalten der Grossunternehmen. Erstens lagern sie einen immer umfangreicheren Teil ihrer Produktion ins Ausland aus, wo sie niedrigere Löhne und Lohnnebenkosten bezahlen. Zweitens vergeben die grossen Firmen immer mehr Tätigkeiten nach draussen, weil sich die Fertigungstiefe vergrössert hat. Beides, das Abwandern ins Ausland und das sogenannte «Outsourcing», stärkt die Chancen für kleine und mittlere Unternehmen.

Strukturwandel

Den Beweis erbringt das Handelsregister. Trotz der schwierigen konjunkturellen Situation, in der zahlreiche Betriebe pleite gehen, springt unterm Strich «eine Nettozahl von Neugründungen» heraus, betont Rudolf Walser. Für ihn ist das ein Indiz, dass KMUs im Strukturwandel eine wichtige Rolle spielen.

Doch Strukturwandel, was heisst das eigentlich? Bereits 1954 prophezeite der französische Ökonom Jean Fourastié, dass sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes zuerst die Landwirtschaft (primärer Sektor), danach die Industrie (sekundärer Sektor) zugunsten der Dienstleistungen (tertiärer Sektor) zurückbilden würden. Für das Ende des 20. Jahrhunderts sagte er einen Beschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors von 80 Prozent und der beiden übrigen Sektoren von jeweils zehn Prozent voraus.

Fördern, aber wie?

Ganz hat Fourastié zwar (noch) nicht recht behalten. Die Statistiker melden in der Land- und Forstwirtschaft 161 000 Beschäftigte (rund 4%), in der Industrie 1 109 000 (rund 29%) und im Dienstleistungssektor 2 531 000 (rund 67%). Doch in der Tendenz hat sich Fourastié offensichtlich nicht geirrt. Immerhin trägt der tertiäre Sektor zur Bruttowertschöpfung mit 234 Milliarden Franken gut 66 Prozent bei. Die Industrie liefert mit 110 Milliarden 31 Prozent und die Landwirtschaft mit zehn Milliarden drei Prozent.

Wenn innerhalb der beiden wertschöpfungsstärksten Sektoren die kleinen und mittleren Unternehmen am häufigsten vertreten sind, müssen sie auch gefördert werden, resümiert Walser. Denn gerade die KMUs seien es, die den ersehnten Aufschwung ankurbeln könnten. Darüber ist in der Schweiz zwischen den Politikern und den Unternehmern ein heftiger Streit entbrannt. Auf der einen Seite betonen die Politiker stets die Bereitschaft, die KMUs zu stützen. Auf der anderen Seite beklagen sich die Kleinunternehmer und Mittelständler bitter über «laufend neue Erschwernisse».

«Wenn ein KMU alle Auflagen des Steuer-, Arbeits- und Bewilligungsrechts und des Revisionswesens erfüllen wollte, müsste es rund zwei Monate allein für den Staat arbeiten», sagt Rudolf Walser und zitiert damit ein Vorort-Forschungsprojekt aus dem Jahr 1986. Seit damals sei die Belastung eher noch gestiegen. Als Beispiel nennt er die Arbeits- und Umweltschutzgesetzgebung.

Damit spricht er freilich einen heiklen Punkt an. Soll der Ausweg aus der miserablen wirtschaftlichen Lage auf Kosten der Umwelt und sozialer Errungenschaften gehen? Die Antwort werden sich die Schweizerinnen und die Schweizer in den kommenden Jahren gut überlegen müssen.

*Judith Raupp ist Wirtschaftsredaktorin bei der «Basler Zeitung»